

Rosenburg-Folgeforschung

Der Umgang des BMJ mit personellen Kontinuitäten am Beispiel Max Merten

Deutsche Richterakademie Wustrau, Tagung 05d/2023

I. Max Merten – eine biografische Skizze

1. Karriere im Reichsjustizministerium
2. Militärverwaltungsrat im besetzten Griechenland
3. Rückkehr ins Bundesjustizministerium
4. In griechischer Haft
5. Mertens Rache- und Rehabilitierungsfeldzug

II. Das bundesdeutsche Engagement für den Kriegsverbrecher Merten

1. Die amtlichen Bemühungen und ihre Motive
2. Das Engagement der Kanzlei Heinemann & Posser

III. Resümee

Das Thema | Dr. iur. Max Merten (1911–1971) war von 1938 an (Hilfs-)Referent für Anwalts- und Zwangsvollstreckungsrecht im Reichsjustizministerium, bevor er 1942 als Militärverwaltungsrat ins besetzte Griechenland entsandt wurde. Als Leiter der Militärverwaltung beim Befehlshaber Saloniki-Ägäis war Merten maßgeblich an der Entrechtung, Enteignung und Deportation von mehr als 45.000 griechischen Juden beteiligt. Bis heute gilt er in Griechenland als einer der größten deutschen Kriegsverbrecher schlechthin. In griechischen und deutschen Leitmedien findet er regelmäßig Erwähnung im Zusammenhang mit der Reparationsfrage.

1952 konnte Merten vorübergehend in seine frühere Tätigkeit als Zwangsvollstreckungsreferent ins Bundesjustizministerium zurückkehren. Er steht damit exemplarisch für die problematischen Karrierekontinuitäten auf der Bonner Rosenberg in den 1950er Jahren.

1957 wurde Merten in Athen verhaftet und wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Die Bundesregierung – allen voran das Bundesjustizministerium und das Auswärtige Amt, aber auch Bundeskanzler Adenauer höchstselbst – entfaltete nun ein bemerkenswertes Engagement, um den Kriegsverbrecher der griechischen Justiz zu entziehen, was mithilfe von wirtschaftspolitischem Druck schließlich auch gelang: Obwohl zu 25 Jahren Haft verurteilt, wurde Merten im November 1959 an die bundesdeutsche Justiz überstellt, die ihn jedoch sofort auf freien Fuß setzte und die Ermittlungen gegen ihn später einstellte. Der Fall Merten ist damit gleichermaßen ein Beispiel für die Vergangenheitspolitik der frühen Bonner Republik wie für den permissiven Umgang der westdeutschen Justiz mit NS-Verbrechen.

Anfang der 1960er Jahre erreichte Merten noch einmal internationales Aufsehen mit seinem medialen Rache- und Rehabilitierungsfeldzug gegen das konservative Bonner und

Athener Establishment, allen voran gegen Adenauers Kanzleramtschef Hans Globke und den griechischen Ministerpräsidenten Kōnstantínos Karamanlís. Mit dieser Kampagne versuchte Merten, unter Hinweis auf die (größtenteils erfundene) Verwicklung anderer in den Holocaust der griechischen Juden seinen eigenen Namen wieder reinzuwaschen. Behilflich waren ihm dabei seine langjährigen Unterstützer und Strafverteidiger Gustav Heinemann (der spätere Bundespräsident) und Diether Posser (später Minister in Nordrhein-Westfalen). Zwar scheiterte Mertens Kampagne letztlich, dennoch löste er mehrere Regierungskrisen in Athen aus und sorgte für eine der stärksten Beeinträchtigungen der deutsch-griechischen Beziehungen seit 1945. Gleichzeitig brachte er auch Hans Globke ernstlich in Bedrängnis, nahm der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer Mertens Anschuldigungen doch zum Anlass, ein Ermittlungsverfahren gegen Globke einzuleiten.

Mertens Feldzug gegen Globke und seine Bemühungen, den Jerusalemer Prozess gegen Adolf Eichmann für seine Kampagne zu instrumentalisieren, trugen Merten im Übrigen das Interesse des DDR-Propaganda-Apparates sowie des Bundesnachrichtendienstes und der US-amerikanischen Central Intelligence Agency ein. Insofern ist der Fall Merten schließlich auch ein Stück Geschichte aus dem „Kalten Krieg“.

Weiterführende Literatur | Gerrit Hamann: Die Rosenberg und der Kriegsverbrecher: Der Fall Max Merten, in: Gerd J. Nettersheim / Doron Kiesel (Hrsg.): Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit. Bewertungen und Perspektiven, Göttingen 2021, S. 123–152 | ders.: Max Merten. Jurist und Kriegsverbrecher. Eine biografische Fallstudie zum Umgang mit NS-Tätern in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2022.